



Marburg, 22.06.2023

Eingang: 22.06.2023

SPD-Fraktion
CDU-Fraktion

TOP: 8

Lfd.Nr. 324/2023 KT

Resolutionsantrag zur Kreistagsitzung am 14. Juli 2023**Resolutionsantrag der Fraktionen von SPD und CDU betreffend
„Solidarität mit dem Rettungsdienst – keine Gewalt gegen Einsatzkräfte“****Beschluss:**

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf bekräftigt aus aktuellem Anlass seinen am 9. Februar 2018 gefassten Beschluss (180/2018 KT 2. Änderung) zur Solidarität mit den Rettungs- und Einsatzkräften und verurteilt jegliche gegen diese gerichtete Gewalt.

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf begrüßt vermehrte Anstrengungen zur Sensibilisierung für den Respekt gegenüber Einsatzkräften und bittet den Kreisausschuss zu prüfen, ob über die bisher erfolgten Maßnahmen zur Gewaltprävention weitere von Seiten des Landkreis Marburg-Biedenkopf ergriffen werden sollten.

Begründung:

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf zeigt sich solidarisch mit allen Angehörigen von Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen, Polizei, Feuerwehr, DLRG und THW welche im Rahmen ihrer Tätigkeit immer häufiger Ziel von Beleidigungen und Angriffen werden. Es ist auch fünf Jahre nach dem zuvor genannten Kreistagsbeschluss festzustellen, dass dies leider ein bundesweiter Trend ist, gegen den es wirksame Maßnahmen umzusetzen gilt.

Wie auch kürzlich wieder bekannt wurde, kam es zum Beispiel in der ersten Junihälfte in Marburg zu einem Angriff alkoholisierter Personen auf den Rettungsdienst und ein Rettungsfahrzeug, als diese dabei waren, einer hilflosen Personen Hilfe zu leisten. Ein solches Verhalten kann in keinem Fall akzeptiert werden.

Es ist daher geboten, immer wieder für Respekt, anerkennenden Umgang und Unterstützung von Kräften der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr einzutreten und Maßnahmen zu ergreifen, um feindseliges Verhalten gegenüber den Rettungsdiensten zurückzudrängen.

Gleichsam appellieren wir aber auch an die Justiz, alle verfügbaren Instrumente der Rechtsprechung zu nutzen, welche der § 115 Absatz 3 Strafgesetzbuch vorsieht. Insbesondere deshalb, da fast ausschließlich ehrenamtlich Tätige die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in unserem Land sicherstellen.

gez.:
Werner Hesse
SPD-Fraktion**Werner Waßmuth**
CDU-Fraktion